

**Auszug aus der Niederschrift  
über die 10. Sitzung der Bürgerschaft am 10.12.2015**

**Zu TOP : 7.11  
zur Situation von Nordic Yards  
Einreicher: Peter van Slooten, SPD-Fraktion  
Vorlage: kAF 0099/2015**

Anfrage:

Ist die Hansestadt im ständigen Gespräch mit Nordic Yards und was unternimmt sie, um den Standort Stralsund und seine Arbeitsplätze auf der Werft zu erhalten?  
Hat der Oberbürgermeister Informationen über mögliche Produktionsverlagerungen und darüber, ob und wenn ja, in welchem Maße Stellen in Stralsund abgebaut werden könnten?

Herr Fürst beantwortet die Anfrage wie folgt:

Die wirtschaftliche Entwicklung und die Strategieentwicklung von Nordic Yards ist nicht Gegenstand des Verwaltungshandelns der kommunalen Gebietskörperschaft Hansestadt Stralsund.

Unabhängig davon ist man aus unterschiedlichen Gründen mit Nordic Yards im Gespräch, sei es als Wirtschaftsförderung bei Ansiedlungsanfragen, als untere Aufsichtsbehörde als Grundstückskäufer (L-Grundstück) oder einfach als Grundstücksnachbar, wie z. B. der Seehafen.

Aus diesen Kontakten heraus kam es zu der Möglichkeit, das vergangene Wirtschaftsforum des Oberbürgermeisters und des Landrates von Vorpommern-Rügen am 19. Nov. 2015 auf der Volkswerft, dem Stralsunder Standort von Nordic Yards, durchzuführen.

Dieses Forum nutzte der Geschäftsführer von Nordic Yards, Herr Dr. Aly, um die derzeitige, wahrlich kritische Situation von Nordic Yards darzustellen.  
Er stellte aber auch momentan bestehende Chancen, in ganz bestimmten Marktnischen des Spezialschiffbaus, dar. Hier entfaltet Nordic Yards zurzeit große Aktivitäten, um bei möglichen Auftragsvergaben eine Rolle spielen zu können (Spezial-Kreuzfahrt-Schiffe).  
Er machte aber auch sehr deutlich klar, dass solche Aufträge nur mit sichernder Unterstützung von Land und Bund realistisch sind.

Herr Fürst teilt mit, dass dies Informationen sind, die die Hansestadt Stralsund direkt vom Geschäftsführer von Nordic Yards erhalten hat.

Er bittet, an dieser Stelle nicht die angesprochenen diversen Meldungen in den Medien kommentieren und bewerten zu müssen.

Der Einreicher verzichtet auf die beantragte Aussprache.

für die Richtigkeit der Angaben: gez. i.A. König/Sitzungsdienst

Stralsund, 07.01.2016